

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2009



Niedrigere Steuern kommen nie zu früh

Nun ist die Bundeskanzlerin einigen der CDU-Granden doch zu kühn geworden. Frau Merkels Vorstoß für eine Senkung der Einkommensteuer hat den Widerspruch einer Reihe von Ministerpräsidenten gefunden. Sie bangen um die Gestaltung ihrer Haushalte. Angesichts der allgemeinen Haushaltsnot des Bundes und der Länder ist das verständlich. Aber ist Angela Merkels Position nicht doch die ökonomisch vernünftiger?

Sie ist es trotz der hohen Defizite zweifellos. Es ist wahr, die Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Städte und Gemeinden können die Spuren der Krise nicht verbergen. Die Konjunkturprogramme kosten viel Geld, und die Haushalte geraten ins Defizit. Aber wie kämen die Haushalte aus den Defiziten wieder heraus, wenn es nicht gelänge, die Erwartungen der Bürger aufzuhellen und so der Konjunktur und dem Wachstum wieder einen Richtungswechsel „nach oben“ zu geben? Dazu kann die Ankündigung beitragen, auch mit seinen hochbelasteten Haushalten setze der Staat alles daran, den Bürgern die Steuerlast zu erleichtern.

Man kann dagegen einwenden, das sei doch eine etwas luftige Version der aus den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammenden Lehre des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, mit Staatsdefiziten könne man die Konjunktur in Richtung „aufwärts“ drehen. Nun: Ganz so schlicht hat Keynes nicht argumentiert; und ganz so abwegig ist die Vorstellung der Kanzlerin nicht, das politische Versprechen „Schluss mit den Ausgabeprogrammen! Wenn wir etwas tun, dann senken wir die Steuern!“ könne einen Beitrag leisten, den Abschwung zu bremsen. Und fast ohne Mut zur Vereinfachung darf man auch sagen: „Niedrigere Steuern kommen nie zu früh.“ Das hat die Kanzlerin nicht gesagt. Aber vielleicht hat sie es gedacht. Es wäre kein abwegiger Gedanke.

Hans D. Barbier

Stromverbraucher

Der Stromverbrauch in deutschen Haushalten hat sich seit den 1950er Jahren etwa vervierfacht. Der durchschnittliche Jahresverbrauch lag 1954 bei rund 870 Kilowattstunden (kWh). Damals besaßen gerade einmal acht Prozent aller Haushalte einen Kühlschrank, zwölf Prozent eine Waschmaschine und 34 Prozent einen Staubsauger. Bis 2008 stieg der durchschnittliche Jahresstromverbrauch auf 3 500 kWh.

Die Ausstattung mit elektrischen Geräten hat sich im gleichen Zeitraum allerdings auch deutlich verändert: Inzwischen verfügen nahezu alle Haushalte über Kühlschrank, Waschmaschine und Staubsauger. Wäschetrockner sind inzwischen in 42 Prozent der Haushalte zu finden, und der Anteil der Haushalte mit Mikrowelle ist innerhalb weniger Jahre auf fast 70 Prozent gestiegen.

In den letzten Jahren hat sich dieser Trend verstärkt: für Kochen und Bügeln sowie für elektrische Haushalts- und Kommunikationsgeräte wird inzwischen sehr viel mehr Energie benötigt als noch im Jahr 2000. Diesen Mehrverbrauch führt das Statistische Bundesamt – neben der umfangreicheren Geräteausstattung – auch auf die gestiegene Zahl der Haushalte zurück.

www.destatis.de/umwelt
www.hausgeraete-plus.de

Elektrogeräte

Ausstattung der Haushalte in Prozent	
Kühlschrank	99
Bügeleisen	98
Fernseher	98
Staubsauger	97
Waschmaschine	97
Kaffeemaschine	95
Elektroherd	85
Mikrowelle	69
Geschirrspüler	66
Gefriergerät	54
Wäschetrockner	42

Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

Rentenplus

Nach etlichen Jahren bekommen die rund 20 Millionen Rentner in Deutschland wieder deutlich mehr Geld: Zum 1. Juli 2009 steigen die Renten in den alten Bundesländern um 2,4 Prozent, in den neuen Ländern sogar um 3,4 Prozent. Im Jahr 2008 lag das Rentenplus bei nur 1,1 Prozent. In den Jahren davor hatte es sogar Nullrunden gegeben.

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales, findet: „Die Rentenerhöhung mitten in der Krise zeigt, dass auf unseren Sozialstaat Verlass ist.“ So deutlich wurden die Renten nach den Worten des Ministers zuletzt 1994 im Westen und 1997 im Osten angehoben.

Der Kaufkraftzuwachs bei den Rentnern ruht allerdings nur indirekt auf aktuellen politischen Entscheidungen. Das Rentenplus ergibt sich aus der

Lohnentwicklung des vergangenen Jahres in Verbindung mit weiteren Anpassungsgrößen. Dass die Renten 2009 steigen, war seit März 2008 bekannt, als die Bundesregierung den sogenannten Riesterfaktor für zwei Jahre aussetzte.

Die Erhöhung gilt analog auch für die rund 7,6 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld-II – auch als Hartz IV bekannt –, für Empfänger der Grundsicherung – Menschen, die älter als 65 Jahre oder erwerbsunfähig sind und deren Einkünfte für den Lebensunterhalt nicht ausreichen – sowie für Sozialhilfeempfänger. Der monatliche Hartz-IV-Eckregelsatz steigt beispielsweise zur Jahresmitte von 351 € auf 359 €.

Verlustängste

33 Prozent der Deutschen fürchten den Verlust ihres Ersparnis in der derzeitigen Finanzkrise. Diese Angst ist besonders bei älteren Menschen verbreitet, wie eine Umfrage ergab: Bei den 50- bis 65-Jährigen haben 37 Prozent Angst um ihre Ersparnisse; bei den unter 36-Jährigen liegt der Wert bei 29 Prozent. Ebenfalls 29 Prozent aller Befragten geben an, dass sie „das Vertrauen in unser Wirtschafts- und Finanzsystem verloren“ haben.

Das ist erstaunlich, denn in Deutschland gilt eine gesetzliche Mindestsicherung für Sparvermögen in Höhe von 20 000 €; noch im Sommer soll sie auf 50 000 € angehoben werden. Darüber hinaus sind Spareinlagen – Aktien, Zertifikate und ähnliches zählen nicht dazu – durch die Sicherungsfonds der Banken abgedeckt.

www.comdirect.de

Glühbirnen aus!

Seit 2005 haben nationale Parlamente, internationale Experten und europäische Instanzen beraten. Im März 2009 stand das Ergebnis fest: Ab dem 1. September 2009 wird das Ende der Glühbirne, einst Sinnbild des Fortschritts, eingeläutet.

Zurzeit lässt sich ein Marktgesetz beobachten, wonach ein Produkt umso mehr nachgefragt wird, je rarer es ist oder zu werden droht. Vor ein paar Wochen hat die Europäische Kommission beschlossen, Glühbirnen ab 1. September 2009 aus Umwelt- und Klimaschutzgründen nach und nach vom Markt zu verbannen. Inzwischen finden sich in den Medien bereits Berichte über Hamsterkäufe.

Die EU-Verordnung Nr. 244/2009 vom 18. März 2009 sieht vor, nur noch Energiesparlampen und energiesparende Halogenlampen zum Verkauf zuzulassen. Damit hat die EU entschieden, was Australien, Irland, Kanada, der amerikanische Bundesstaat Kalifornien oder Neuseeland schon beschlossen haben.

In der Europäischen Union müssen mattierte Glühbirnen, gleich welcher Watt-Leistung, sowie alle anderen, auch klaren 100-Watt-Birnen in knapp vier Monaten aus dem Handel genommen werden, weil sie die in der EU-Verordnung vorgegebenen technischen Anforderungen nicht mehr erfüllen. Milchige 25-Watt-Kerzenbirnen werden dann ebenso aus den Regalen und Lampen verschwinden wie mattierte Halogenstrahler. Am Stichtag vorhandene Lagerbestände darf der Handel über den Termin hinaus verkaufen.

Ein EU-Stufenplan für „klare Leuchtmittel“ regelt deren

Verkaufsverbot im Zeitraum von 2009 bis 2016. Über kurz oder lang werden die Konsumenten also gezwungen sein, ihren Glühbirnen-Bedarf anderweitig zu decken: einerseits durch Energiesparlampen – ein Produkt, das nur allmählich den Weg zu den Verbrauchern findet; immerhin gibt es Energiesparlampen seit 1985 –, andererseits durch Halogenleuchten.

Verbraucher schießen quer

Inzwischen horten – nicht nur deutsche – Verbraucher Glühbirnen. Dieses Verhalten kritisiert unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND): „Wer panikartig Glühlampen hamstert, könnte sich – besonders wenn die Strompreise weiter steigen – später ärgern. Über die Nutzungsdauer von bis zu zehn Jahren sparen Energiesparlampen richtig Geld“, erklärt der BUND.

Nicht nur über die Folgen für die Geldbörse, sondern auch über technische Daten – den Quecksilbergehalt von Energiesparlampen und deren Emission elektromagnetischer Strahlung (Elektrosmog) – bestehe laut BUND Verunsicherung. Hersteller und Politik hätten versäumt, angemessene Aufklärungs- und Informationsarbeit zu leisten. Der EU-Beschluss verstärkte deshalb den Druck auf die Leuchtmittelhersteller zu funktionsfähigen

Sparlampen und besserer Information.

Zur klassischen Glühbirne gibt es genügend Alternativen, das betonen auch die Leuchtmittelhersteller. Die Kunden seien lediglich nicht ausreichend informiert. Das oft als zu kalt empfundene Licht der Energiesparlampen sei durch neue Lichtfarben ersetzt worden, erklärt zum Beispiel der deutsche Hersteller Osram. Außerdem seien energiesparende Halogenlampen in Farbe und Form der klassischen Glühbirne mittlerweile sehr ähnlich. Bei einem Anschaffungspreis von etwa 2,50 € halten Halogenlampen im Vergleich zur Glühlampe zwei- bis dreimal so lange und erreichen eine Energieeinsparung von bis zu 30 Prozent.

Klima retten, Geld sparen

Mit Energiesparlampen, die im Handel ab 4 € kosten, könnten bei einer Lebensdauer von zehn Jahren sogar bis zu 80 Prozent Energiekosten eingespart werden. Sonderformen, zum Beispiel dimmbare Energiesparlampen, sind ab 15 € zu haben. Eine „normale“ Glühbirne kostet dagegen rund 0,50 €. Für die EU-Kommission ist „der Preisanstieg zwar signifikant, aber leistbar und sollte folglich nicht als Hindernis für die Haushalte angesehen werden“.

Politik, Umweltschützer und Hersteller scheinen – anders als die hortenden Bürger



„Mit diesem Beschluss setzen wir auch gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Signal für die Verwendung effizienter Produkte. Ich hätte mir ein vollständiges Auslaufen der Glühbirne schon zum nächsten September gewünscht.“

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

– einig, dass das Ende der Glühbirne sinnvoll ist. Durch das Glühbirnen-Aus sollen bis zum Jahr 2020 etwa 80 Terrawattstunden Strom eingespart werden. Das entspricht ungefähr dem Stromverbrauch von 23 Millionen europäischen Haushalten. Zudem würden die europäischen Kohlendioxid-Emissionen um jährlich 32 Millionen Tonnen verringert.

Allein in Deutschland – so Schätzungen – könnten Privathaushalte 4,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermeiden und zusätzlich auch noch jährlich 1,3 Milliarden € sparen. Hierzulande wurden 2007 rund 200 Millionen Glühbirnen und 40 Millionen Energiesparlampen verkauft. Ein Durchschnittshaushalt, der auf Energiesparlampen umsteigt, könnte je nach Anzahl der ersetzten Lampen jährliche Nettoeinsparungen von bis zu 50 € erzielen.

Energiesparwunder?

Der am häufigsten genannte Vorteil der Energiesparlampe aus Sicht von Politik und Hersteller lautet, dass 25 Prozent des eingesetzten Stroms in Licht umgewandelt werden. Bei herkömmlichen Glühbirnen sind es nur drei bis fünf Prozent, der Großteil des Stroms; geht bei ihnen in Form von Wärme verloren.

Im Alltagsgebrauch dürften sich die Werte relativieren. Laut Zeitschrift „Ökotest“ sparen Energiesparlampen längst nicht so viel Strom wie von den Herstellern behauptet. „Sie sind deutlich weniger hell als Glühlampen, und im Laufe der Zeit werden sie dunkler und etliche Sparlampen fallen frühzeitig aus.“ Die Stromer-

sparnis betrage daher eher 50 bis 70 Prozent im Vergleich zu den 80 Prozent in den Herstellerangaben.

Die Energieeffizienz könnte weiter leiden: „Ökotest“ zitiert eine britische Studie, wonach Bewohner in Zimmern mit Energiesparlampen die Heizung um zwei bis drei Grad höher stellen als in Räumen, in denen klassische Glühbirnen leuchten. Also: Weniger Energieverbrauch durch Leuchten, mehr Energieverbrauch durch wärmere Heizkörper.

Die Energiesparlampe: (k)ein Umweltsünder?

Die Tester warnen zudem vor Gesundheitsrisiken durch eine „tageslichtferne Lichtqualität“ und durch Elektrosmog. Erst in einem Abstand von einem bis eineinhalb Metern sinke die Elektrosmogbelastung auf ein tolerierbares Maß. Laut EU-Kommission haben Fachleute dieses Problem untersucht. Ihr Ergebnis: „Sie haben keinen Hinweis auf Gesundheitsprobleme gefunden, wenn man mindestens 30 Zentimeter Abstand hält.“

Mit Energiesparlampen holen sich die Verbraucher unter Umständen nicht nur gefühltes „Kaltlicht“ ins Haus, sondern auch Quecksilber, ein giftiges Schwermetall. Die Hersteller Philips und Osram – in Europa gibt es nur die beiden Anbieter – legen Wert auf die Feststellung, dass ihre Energiesparlampen mit „rund zwei bis drei Milligramm“ den EU-Grenzwert von fünf Milligramm unterschritten; in preisgünstigeren Produkten aus Asien soll die Menge deutlich darüber liegen. Die für ei-

nen Menschen tödliche Menge Quecksilber soll bei 150 bis 300 Milligramm liegen.

Während Glühbirnen mit dem Hausmüll entsorgt werden können, drohen der Umwelt durch Quecksilber in den Sparlampen weitere Belastungen. Nur zehn Prozent der Haushalte entsorgen die Lampen einer Studie zufolge korrekt als Sondermüll. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang: Während millionenfach Energiesparlampen in die Haushalte einziehen sollen, wird international über ein Quecksilberverbot verhandelt. Darüber wurde zum Beispiel Ende Februar 2009 in Nairobi beim UN-Gipfeltreffen der Umweltminister beraten.

Energiesparlampen als „non plus ultra“?

Ein paar kleinere technische Details sind ebenfalls bemerkenswert. Energiesparlampen benötigen eine Aufwärmphase, bis sie ihre volle Helligkeit erreichen. Schnelles Ein- und Ausschalten verkürzt die Lebensdauer. Für Hausflur- und Treppenbeleuchtung gibt es daher – teurere – Leuchten mit Vorheizfunktion, die den Kurzbetrieb besser aushalten. Allerdings sollte die Lampe dann mindestens zwei Minuten lang brennen, bevor sie sich ausschaltet. Das heißt: Längere Anlaufzeit, längeres Leuchten, mehr Stromverbrauch als unter optimalen Bedingungen.

Erwähnenswert ist auch, dass die Herstellung einer Energiesparlampe bis zu zehnmal mehr Energie verbraucht (und somit CO₂ freisetzt) als das bei einer Glühbirne der Fall ist.

Zukunftsträchtige Leuchten gesucht

Forschung und Entwicklung konzentrieren sich derzeit auf den breiten Einsatz der „Licht Emittierenden Diode“, kurz LED. Die Energiesparlampe dürfte dagegen technologisch weitgehend ausgereizt sein. Elektronik, Leuchtqualität und Haltbarkeit wurden zwar kontinuierlich verbessert, mittlerweile sind die Grenzen des Machbaren bei dieser Lichtquelle aber wohl erreicht. Das hat die Hersteller einerseits viel Geld gekostet, andererseits kaum den erhofften Verkaufserfolg gebracht.

Nach Meinung von Experten gehört die Zukunft dem Halogenlicht und, mehr noch, der LED-Technik. Bis zur Marktreife der LED für das Licht in Häusern und Wohnungen dürften jedoch noch einige Jahre vergehen. Dann sitzen die Leuchtmittelhersteller möglicherweise aber auf unrentablen Fertigungskapazitäten für Energiesparlampen – eine kostspielige Produktions- und Investitionslenkung, die durch politische Vorgaben verursacht wird.

Die Fokussierung vor allem der Politik auf die Energiesparlampe als das „non plus ultra“ ist problematisch. Sie lässt außer Acht, dass nach dem Aus für die Glühbirne Alternativen rar sind. Neben den Halogenleuchten gibt es vorerst keine weiteren Produkte für die breite Nutzung. Dass sich die Verbraucher mit dem politisch vorgegebenen Ende der Glühbirne nicht anfreunden können, machen sie durch ihre Hamsterkäufe deutlich.

Andreas Schirmer

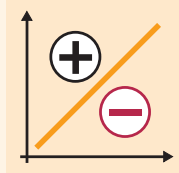


„Ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“
Wilhelm von Humboldt

IM KLARTEXT

Mai 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zählte im April 2009 knapp 3,6 Millionen Menschen offiziell als arbeitslos. Im Vergleich zum Vormonat sank die Arbeitslosenzahl jedoch lediglich um 985 Menschen. Obwohl die Bundesagentur einerseits von „Frühjahrsbelebung“ spricht, hebt sich andererseits auch hervor, dass es sich eher um eine Stagnation handelt. Vor einem Jahr war die Zahl der Arbeitslosen im April deutlicher gesunken, damals um fast 100 000 Menschen.

Schlimmeres verhindere im Augenblick nach wie vor die – politisch stark protegierte – Kurzarbeit; nach vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur waren davon im April 1,3 bis 1,5 Millionen Beschäftigte betroffen.

Eigenverantwortung



Seit September 2008 wächst in Deutschland der Bargeldbestand. Während die Bürger zwischen Januar und September 2008 rund 5,4 Milliarden € als Bargeld hielten, wuchs die Bargeldmenge im vierten Quartal auf 16,7 Milliarden € an. Das hat die Deutsche Bundesbank ermittelt. Im Gegenzug stoßen die Bürger seit Monaten Aktien, Rentenscheine und Investmentfonds ab: für die Bundesbank-Statistiker eine deutliche Folge der Finanzkrise.

Ebenfalls stark gestiegen sind Bankeinlagen: Im vierten Quartal legten die Bürger mehr als 70 Milliarden € bei Banken und Sparkassen an; in den ersten drei Quartalen waren es nur 28,5 Milliarden €. Laut Bundesbank wird der Trend zur Geldanlage bei Ban-

Sparquote

in Prozent des verfügbaren Einkommens

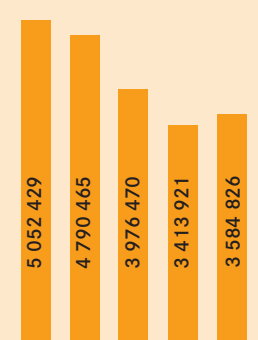
1995	11,0
1996	10,5
1997	10,1
1998	10,1
1999	9,5
2000	9,2
2001	9,4
2002	9,9
2003	10,3
2004	10,4
2005	10,6
2006	10,5
2007	10,8
2008	11,5

Quelle: Deutsche Bundesbank

im Jahr zuvor und belief sich auf 111 000 €. Insgesamt weist die Bundesbank-Statistik für 2008 ein Geldvermögen von 4 413 Milliarden € aus, knapp 140 Milliarden € weniger als im Jahr 2007. Beim letzten Rückgang, nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahr 2002, war das Geldvermögen um 34 Milliarden € gesunken.

Schrumpfen Guthaben, kann mit dem bei Banken, Versicherungen, Fonds oder anderen Institutionen angelegten Geld weniger gekauft werden; der Vermögensverlust bedeutet zugleich einen Kaufkraftverlust.

Arbeitslose

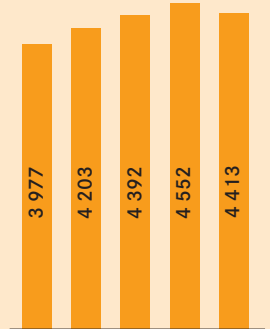


jeweils April

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Geldvermögen

in Milliarden €



Quelle: Deutsche Bundesbank

ken ungebrochen hoch bleiben, weil die Bundesregierung eine Garantie für Bankeinlagen gegeben hat. Die Bürger sparen ihr Geld lieber in Anlageformen, die sie als sicher empfinden und auf die sie schnell zugreifen können.

Geldwertstabilität



Das Geldvermögen der Deutschen ist im Krisenjahr 2008 erstmals seit sechs Jahren wieder gesunken. Es betrug zum Jahresende im Durchschnitt 4 000 € weniger je Haushalt als

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa-Report (innen), picture-alliance

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard